
Landesfamilienrat

Baden - Württemberg



info@landesfamilienrat.de
www.landesfamilienrat.de

Dokumentation

Expertenhearing

**"Das Bildungssystem gerechter machen –
Was können Ganztagschulen dazu beitragen?"**

20.11.2008

in Stuttgart-Degerloch

Bischof-Leiprecht Haus

Rotebühlstraße 131
70197 Stuttgart

Telefon: (07 11) 62 59 30
Fax: (0721) 151282003

Bank für Sozialwirtschaft
(BLZ 601 205 00)
Konto Nr. 9700400

Inhalt

Jürgen Rollin	Vorwort	3
	Programm / Ablauf der Tagung	4
	Leitfragen für die Anhörung	4
Eva-Maria Münzer	Einführung in die Tagung	5
Hansjürgen Meinhardt	Ganztagsschulen – eine Annäherung	7
Manfred Hahl	Bedarfsorientierter Ausbau von Ganztagsschulen in Baden-Württemberg	9
Dr. Hartmut Markert	Der Stellenwert der Ganztagsschulen im Bildungsverständnis der GEW	12
Christiane Staab	Elternsicht 1: Der Landeselternbeirat	15
Doris Barzen	Elternsicht 2: Statement des Arbeitskreis der Gesamtelternbeiräte in Baden-Württemberg	18
Norbert Brugger	Ganztagsschule – Die Sicht der Schulträger	22
Klaus Hummel	Ganztagsschule – mehr als ein ganzer Tag Schule Impulse aus der Burgschule Esslingen (s. Anhang)	24
Reaktionen	- Landesfamilienrat nähert sich Ganztagsschule an Bericht aus der StZ vom 21.11.2008	25
	- Pressemitteilung des Landesfamilienrates 20.11.2008	26
Anhang: (als ppp)	- Hansjürgen Meinhardt: Ganztagsschulen	
	- Klaus Hummel: Mehr als ein ganzer Tag Schule – Impulse aus der Burgschule Esslingen	

Jürgen Rollin
Zu dieser Tagung

Schule und ihre Ausgestaltung prägen das Leben von Familien mit Schulkindern in besonderer Weise. Schule mit ihrem zeitlichen Rhythmus bestimmt und begleitet den Familienalltag; sie ist neben dem Elternhaus wichtigster Lebens- und Entwicklungsraum für Kinder und Jugendliche. "Schule" befindet sich derzeit in einem tief greifenden Wandel und ist unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Akteure ausgesetzt.

Dabei geht es um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule ebenso wie um die Möglichkeiten der Schule, den belastenden Folgen von Migration oder Armut über besondere Konzepte entgegenzusteuern. Schließlich belegen die verschiedenen Studien zu den Bildungsergebnissen eindrucklich die enge Verknüpfung von Bildungserfolg mit der sozialen Herkunft. Das gilt insbesondere auch für unser Bundesland.

Es geht also um nichts weniger als die gerechte Verteilung von Bildungschancen und darum, dass es sich unser Land nicht erlauben kann, mehr als 10 % der Schülerinnen und Schüler ohne Schul- und Berufsabschluss ins Leben zu entlassen. Hier sind wirksame Konzepte zur Ausgestaltung von Schule als Lebensraum sowie gelingende Erziehungs- und Bildungspartnerschaften gefragt.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg hat daher zu einer Anhörung von Expertinnen und Experten eingeladen. Im Zentrum stand die Frage, wie Ganztagesesschulen bzw. Ganztagesangebote ausgestaltet sein müssen, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Das Hearing fand im Rahmen der Mitgliederversammlung 2008 des Landesfamilienrates statt und diente der Positionierung des Zusammenschlusses seiner Mitgliedsverbände. Diese forderten im Anschluss an die Anhörung die Einführung der Ganztagsesschule als ein im Schulgesetz des Landes verankertes Regelangebot und damit den zügigen, flächendeckenden Ausbau einer gebundenen und rhythmisierten Ganztagsesschule für alle Schularten. "Im Prinzip herrschte Einigkeit", so die abschließende Feststellung des Landesfamilienrates in seiner Pressemitteilung vom 20.11.2008 "dass die Ganztagesesschule die Schule der Zukunft sei".

Der Landesfamilienrat wird sich auch über diese Tagung hinaus mit dem Thema Familie und Schule befassen.

Nachfolgend stellen wir Ihnen die Beiträge dieses Tages zum Nachlesen zur Verfügung. Die beiden Powerpointpräsentationen können bei Interesse bei der Geschäftsstelle nachgefragt und als Datei zugeschickt werden.

Kirchenrat Jürgen Rollin ist Geschäftsführer im Diakonischen Werk Baden und Vorsitzender des Landesfamilienrates Baden-Württemberg.

Programm

- 10.00 Uhr Begrüßung
Beate Gröne, familienpolitische Referentin, Diözese Rottenburg-Stuttgart
Jürgen Rollin, Kirchenrat; Vorsitzender des Landesfamilienrates
- Einführung in die Tagung
Eva-Maria Münzer, Sozialdezernentin; stellvertretende Vorsitzende
Hansjürgen Meinhardt, ev. Schuldekan; stellvertretender Vorsitzender
- 10.30 Uhr Beiträge von:
- **Manfred Hahl**; Ministerialdirigent, Ministerium für Kultus und Sport BW: Zum Stand der Schulentwicklung des Landes
 - **Dr. Hartmut Markert**; Vorstandsbereich Schule der Gewerkschaft und Erziehung (GEW): Der Standpunkt der Lehrervertretung
 - **Christiane Staab**; Vorsitzende des Landeselternbeirats Baden-Württemberg: Blickwinkel Eltern und Familie (1)
 - **Doris Barzen**; Vorsitzende des Gesamtelternbeirats Baden-Württemberg: Blickwinkel Eltern und Familie (2)
 - **Norbert Brugger**; Referent beim Städtetag Baden-Württemberg: Die Sicht der Schulträger
 - **Klaus Hummel**, Schulleiter Burgschule Esslingen, Umsetzung in der Praxis

Leitfragen für die Anhörung

1. Welchen Stellenwert hat die Ganztagschule im Bildungsverständnis Ihres Verbandes?
2. Wie muss Schule als Lernort verändert werden, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein? Stichworte: Integration, Gerechte Bildungschancen, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
3. In welcher Art soll der Erziehungsauftrag der Eltern an den Schulen umgesetzt werden? Wie werden Eltern daran verantwortlich beteiligt, um dem Verfassungsauftrag (Art. 11 und 12 Landesverfassung BW) gerecht zu werden?
4. Chancengerechtigkeit: Wie können Kinder aus benachteiligten Familien gezielt gefördert werden?
5. Welche Wege halten Sie für erfolgreich, um Eltern aus bildungsfernen Milieus zu erreichen und für eine Erziehungspartnerschaft zu gewinnen?
6. Wie müssten sich nach Ihrer Meinung der Schulalltag und das Lernen an Schulen – konzeptionell und methodisch – verändern?
7. Welche Verantwortung und Erwartung haben Städte, Kreise und Gemeinden für und bei der Ausgestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft?
8. Auf welche Weise und mit welchem zeitlichen Horizont soll die Ganztagschule umgesetzt, ausgebaut und flächendeckend eingeführt werden?

Eva-Maria Münzer
Einführung in die Tagung

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine gute Bildung ist das wichtigste Startkapital, das wir unseren Kindern mit auf den Weg in ihr Leben geben können. "Willst Du für ein Jahrhundert planen, bilde Menschen". Was der chinesische Philosoph Tschung-Tse im 4. Jahrhundert vor christlicher Zeitrechnung formulierte, ist fast 2500 Jahre später aktueller denn je. Bildung ist das Megathema. Kaum ein Thema beschäftigt die Deutschen so sehr wie der Zustand ihrer Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Für den Einzelnen ist Bildung über seinen gesamten Lebensverlauf nicht nur unentbehrlich, um in der sich wandelnden Arbeitswelt Schritt zu halten und die eigene Beschäftigungsfähigkeit abzusichern. Sie ist auch die Voraussetzung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu orientieren. Immer wieder stellt sich die Frage, ob das deutsche Bildungssystem geeignet ist, jedem Kind und Jugendlichen die beste Förderung zuteil werden zu lassen. Gibt es bereits einen gerechten Zugang aller zu Bildung, zu Ausbildung und beruflichen Chancen? Bestimmt nicht nach wie vor die soziale Herkunft in viel zu hohem Maß über die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg?

Gerecht ist, wenn keiner verloren geht. 8 % eines Jahrganges gehen ohne Schulabschluss ins Leben. Eine erfolgreiche Schulbildung ist jedoch die Voraussetzung für die individuelle Entwicklung und das spätere Fortkommen der Kinder und Jugendlichen. Können Ganztagschulen dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler durch die erweiterte Lernzeit und eine veränderte Lernkultur besser gefördert werden?

Die bildungspolitische Diskussion um die Ganztagschule umfasst einerseits die Dimension der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und andererseits die Dimension der konzeptionellen und organisatorischen Ausgestaltung des Ganztages sowie der institutionellen Vernetzung mit Akteuren der Jugendhilfe und anderen gesellschaftlichen

Gruppierungen. Für den Landesfamilienrat steht die Familie im Zentrum. Ist die Ganztagschule eine Chance für Familien? Der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich dieser Frage gewidmet und darauf hingewiesen, dass die Einführung der Ganztagschule insbesondere verlangt, über das Verhältnis von Schule und Familie neu nachzudenken. Kindern wird in ihren Herkunftsfamilien ihre grundlegende Lernfähigkeit und Lernmotivation vermittelt. Es sind die Familien, innerhalb derer Kinder sich die grundlegenden Fähigkeiten und Bereitschaften für schulische Lern- und lebenslange Bildungsprozesse aneignen. Jedes Ganztagschulangebot wird stets Rückwirkungen auf Kinder und Eltern und das Leben in den Familien haben, allein schon aufgrund der Tatsache, dass Kinder in diesen Schulen deutlich mehr Zeit verbringen werden als in der herkömmlichen Halbtagschule. Sofern in der bildungspolitischen Debatte derzeit Familie überhaupt vorkommt, erfolgt dies bislang fast nur in Form von Befürchtungen, das heißt es werden fast ausschließlich negative Rückwirkungen der Ganztagschule auf die Familie betont. Dabei gilt es zu betrachten, dass die Ganztagschule negative und positive Folgen für die Familie haben kann. Die Familie ist für viele Kinder nach wie vor die soziale Mitte in ihrem Leben. Durch die Ganztagschule ist die Familie in ihrer Autonomie prinzipiell eingeengt, das Zusammenleben und gemeinsame Unternehmungen am Nachmittag zeitlich zu planen. Eltern haben weniger Zeit zur Verfügung, um ihre eigenen Aktivitäten für die Kinder zu realisieren. Mit Blick auf die gemeinsame Zeit innerhalb der Familie kann die Ganztagschule von Eltern daher durchaus ambivalent bewertet werden.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass Eltern in unterschiedlichem Maße in der Lage sind, die gemeinsame Zeit mit ihren Kindern am Nachmittag zu gestalten und ihnen eine die Entwicklung fördernde Freizeitgestaltung zu eröffnen.

Ein Ergebnis des wissenschaftlichen Beirats aus der familien- und sozialpolitischen Perspektive ist, dass der Ausbau der Ganztagschulen und ihrer Angebote im Interesse aller Familienmitglieder, nicht nur der Kinder, liegen sollte. Die Ganztagschule trägt zu einer Entlastung von Vätern und Müttern bei und ermöglicht es ihnen, die für sie bestmögliche Balance zwischen Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit zu finden.

Damit die Ganztagschule die Qualität des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen verbessern und Chancengleichheit ermöglichen kann, gilt es herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Ganztageschule die an sie gestellten Erwartungen erfüllen kann. Im Zentrum der heutigen Anhörung stehen deshalb die Expertinnen und Experten, die sich bereit erklärt haben, den Landesfamilienrat darüber zu informieren, wie Ganztageschulen ausgestaltet sein müssen, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

Eva-Maria Münzer ist Sozialdezernentin im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und stellvertretende Vorsitzende des Landesfamilienrates.

Hansjürgen Meinhardt Ganztagesesschulen – eine Annäherung¹

"Willst Du für ein Jahrhundert planen, bilde Menschen".
Tschung – Tse 4. Jhdt. V. Chr.

1. Formen der Ganztagesesschule

- Erlasssschulen (mit ganztägigem Unterrichtsangebot)
- Offene Ganztagesesschulen (mit Mittagessen und Betreuungsangeboten)

- Welche Schulen können Ganztagesesschulen werden?
 1. Öffentliche (staatliche) und private Schulen
 2. Im gegliederten Schulwesen (GS – HS – RS) ebenso wie in Verbänden (HS/RS)

2. Warum brauchen wir Ganztagesesschulen?

- Weil Gesellschaft sich in einem permanenten Wandel befindet
- Weil Rahmenbedingungen sich verändern
- Weil Familien (Lebensformen) sich verändern
- Weil Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler ständig größer werden

3. Beispiele für Notwendigkeit und Chancen für Familien

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter + Väter
- Chancen intensiver Familienzeit
- Chancen – Gerechtigkeit vor allem für Kinder aus belasteten Familien oder für Familien mit Migrationshintergrund

4. Beispiele für Notwendigkeit und Chancen für Schülerinnen und Schüler

- Entschleunigung beim Lernen
- Ausgewogene Rhythmisierung
- Ganzheitliches Lernen
- Länger gemeinsam lernen
- Mehr Solidarität untereinander
- Ausbau interkulturellen Lernens

5. Betreuung durch Ehrenamtliche

Rechtliche Grundlagen:

- Kabinettsbeschluss vom Dezember 2005
- Rahmenvereinbarung vom Februar 2006 zum Jugendbegleiter, die von rund 80 Verbänden und Institutionen, darunter dem Landesfamilienrat unterzeichnet wurde.

6. Jugendbegleiter

- Das Jugendbegleiter-Programm wird hauptsächlich von Ehrenamtlichen, soweit möglich in Zusammenarbeit mit Lehrkräften, in die Tat umgesetzt.

7. Angebote aus

- Sport, Musik, Kunst, Medien

¹ Der Beitrag wurde als Powerpointpräsentation vorgetragen.

- Wirtschaft
- Umwelt- und Naturschutz
- Naturwissenschaften
- Wertebezogene Angebote (z.B. kirchliche Jugendarbeit, Streitschlichterschulung etc.)

8. **Aus dem Forderungskatalog der Diakonie zur Bildungspartnerschaft von Schule und Jugendhilfe**

- Die Schule der Zukunft ist eine ins Gemeinwesen integrierte Ganztageschule
- Aus den 7 zentralen Forderungen: "Ausbau einer professionellen Ganztagesbegleitung für Schülerinnen und Schüler aller Schularten in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfe unter Einbeziehung von Eltern und ehrenamtlichen Kräften";

9. **Aus dem Perspektivpapier der Evangelischen Landeskirchen von Baden und Württemberg "Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung":**

- Wir sprechen uns für eine flächendeckende Einführung der rhythmisierten Ganztageschule in gebundener Form aus. Veränderte Lernzeiten mit konsequenter, pädagogischer Rhythmisierung auch im Sekundarbereich müssen angestrebt werden.

10. **Grundlagenpapier der Liga der freien Wohlfahrtspflege in B.-W. e.V.**

- Grundlegende Neuausrichtung des Schulsystems in B.W. als verbindliche mit dem Gemeinwesen vernetzte Ganztageschule, Abbau des dreigliedrigen Schulsystems, Verlängerung gemeinsamer Lernzeiten, Integration von Sonderschulen und generelle Einführung von lösungsorientierten Lernkonzepten

11. **Ganztageschulkonzepte**

- Rhythmisierung des Schulalltags
- (Freizeitelemente, Bildungselemente)
- flächendeckend, verpflichtend (?)
- Schule als Lebensraum gestalten
- Verpflegung (altersgerecht, gesund,
- altersgerechte Betreuung
- Tandemunterricht (Lehrer / Sozialpädagoge)
- Einbeziehung der Eltern in die pädagogische Arbeit

12. **Position des Landesfamilienrates**

Der Landesfamilienrat unterstützt die Bemühungen im Land, eine Ganztageschule, flächendeckend, über alle Schulformen rhythmisiert und gebunden anzubieten, um damit einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zu leisten.

Hansjürgen Meinhardt ist evangelische Schuldekan in Schwäbisch Gmünd. Er ist Vorsitzender der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Württemberg und stellvertretender Vorsitzender des Landesfamilienrates Baden-Württemberg.

Manfred Hahl, MD

Bedarfsorientierter Ausbau von Ganztagsschulen in Baden-Württemberg

Die Veränderung der Gesellschaft, der Familienstrukturen (Ein-Kind-Familien, Patchwork-Familien), der Arbeitswelt und der Situation an den Schulen selbst erfordern immer mehr Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche. So hat Baden-Württemberg seit Anfang der 90er Jahre die Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht ausgebaut und entsprechend den Bedürfnissen der Schüler und Eltern weiterentwickelt. Zu nennen sind hier die Betreuungsangebote im Rahmen der Verlässlichen Grundschule (früher Kernzeitbetreuung), die flexible Nachmittagsbetreuung, kommunale Betreuungsangebote an Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, der Hort an der Schule und die Ganztagschule im eigentlichen Sinn.

Der Ausbau von Ganztagsschulen in Baden-Württemberg wurde mit Beginn dieser Legislaturperiode deutlich forciert und wird in den kommenden Jahren ein zentraler Schwerpunkt der Bildungs- und Familienpolitik des Landes sein. Darauf haben sich die Regierungsparteien in der Koalitionsvereinbarung verständigt. Der Ministerrat hat im Februar 2006 entschieden, die Ganztagschulen bis zum Schuljahr 2014/15 schrittweise und am Bedarf orientiert auszubauen. Ziel ist es, ein flächendeckendes Netz von Ganztagsschulen zu schaffen. D. h., jedes Kind und jeder Jugendliche soll bei Bedarf die Chance haben, eine Ganztagschule in erreichbarer Nähe besuchen zu können. Das Land unterstützt die Ganztagschulen mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden. Es ist vorgesehen, im Endausbau hierfür Ressourcen im Umfang von rd. 1.800 Deputaten einzusetzen.

Drei Bausteine kennzeichnen das neue Ganztagschulprogramm des Landes:

- Ganztagschulen nach Landeskonzept mit den Modulen "Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer

Aufgabenstellung" und "Ganztagschulen in offener Angebotsform"

- das Jugendbegleiter-Programm
- das Schulbauförderprogramm "Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule".

1. Ganztagschulen nach Landeskonzept mit zusätzlicher Lehrerzuweisung

Die Ganztagschule ist von der Zielsetzung her sicher eine familien- und vor allem frauenpolitische Maßnahme, weil sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Sie bietet aber vor allem bildungspolitisch viele Möglichkeiten, das bisherige Schulsystem zu ergänzen und weiterzuentwickeln. So können leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler bei einem erweiterten Unterrichts- und Betreuungsangebot intensiver gefördert werden. Arbeitsgemeinschaften mit schulischen Zusatzangeboten können ausgeweitet sowie ergänzende Angebote für besonders Begabte oder für spezifische Interessen von Kindern und Jugendlichen gemacht werden. Die Ganztagschule leistet auch einen Beitrag zur besseren Integration von Migranten in unsere Gesellschaft.

Vor allem Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien haben zusätzlichen Förderbedarf, um die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule bzw. die Ausbildungsfähigkeit zu erreichen. Die Ganztagschule ist ein wichtiger Beitrag zur Milderung, manchmal vielleicht auch Überwindung herkunftsbedingter Benachteiligungen im Schulsystem. Bereits Ende der 90er Jahre wurden in Baden-Württemberg die ersten Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung als Ganztagschulen (sog. Brennpunktschulen) eingerichtet. Das Land wird in den kommenden Jahren weitere Grundschulen und Hauptschulen, die unter erschwerten pädagogischen und sozialen Bedingungen arbeiten, als Ganztagschulen einrichten. Im Endausbau soll insgesamt an 400 solcher Hauptschulen re-

spektive Werkrealschulen und 350 solcher Grundschulen der Ganztagsbetrieb in gebundener oder teilweise gebundener Form eingerichtet sein. Darüber hinaus können Förderschulen, die in enger räumlicher Nähe zu einer Hauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung liegen, auf der Basis eines gemeinsamen pädagogischen Konzepts als Ganztagschulen eingerichtet werden. Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung bieten ein ganztägiges Angebot an mindestens vier Tagen mit täglich mindestens acht Zeitstunden an. Sie erhalten eine zusätzliche Lehrerzuweisung in Höhe von sechs Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse in der Grundschule und fünf Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse in der Hauptschule. Die Zuweisung für die Förderschule beträgt bis zu einem dreiviertel Deputat.

Ganztagschulen in offener Angebotsform können in allen Schularten der öffentlichen allgemein bildenden Schulen (Grundschule und Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen) eingerichtet werden. Sie bieten einen Ganztagsbetrieb an mindestens vier Tagen mit täglich mindestens sieben Zeitstunden. Die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung ist freiwillig, keine Schülerin und kein Schüler wird dazu verpflichtet. Vielmehr entscheiden die Eltern von Schuljahr zu Schuljahr über die Teilnahme am Ganztagsbetrieb. Ganztagschulen in offener Angebotsform erhalten eine zusätzliche Lehrerzuweisung von einer Lehrerwochenstunde je Ganztagsklasse für Gymnasien und Förderschulen, zwei Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse für Hauptschulen und Realschulen sowie vier Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse für Grundschulen.

Ausbauziel bei den Ganztagschulen ist: Bis zum Schuljahr 2014/15 sollen Ganztagschulen an 40 % der öffentlichen Grund- und Realschulen eingerichtet werden sowie - als Maßnahme der Qualitätsoffensive G8 - an allen Gymnasien. Herr Ministerpräsident Oettinger hat in seiner Regierungserklärung am 23. Juli 2008 unter anderem angekündigt, dass künftig alle zweizügigen Werkrealschulen im Interesse einer qualitativen Stärkung der Hauptschule die Möglichkeit erhalten, einen Mittleren Bildungsabschluss

anzubieten und Ganztagschule nach Landeskonzept zu werden.

Zum Schuljahr 2007/08 wurden erstmal 211 Ganztagschulen nach neuem Landeskonzept bewilligt. Zu diesem Schuljahr 2008/09 konnten weitere 221 Anträge auf Einrichtung einer Ganztagschule genehmigt werden, davon 48 Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung und 173 Ganztagschulen in offener Angebotsform. Somit gibt es derzeit 1.063 Ganztagschulen im Land, davon sind 887 öffentliche Ganztagschulen. Über 200.000 Schülerinnen und Schüler besuchten im vergangenen Schuljahr eine Ganztagschule.

Das Bildungsverständnis der Ganztagschule zielt auf ein umfassendes ganzheitliches Lernen. Ganztagschule heißt nicht, vormittags Schule und nachmittags Betreuung mit einer Mittagspause in der Mensa. Ganztagschule bedeutet, dass sich Schule ändern muss, organisatorisch, pädagogisch und inhaltlich. Daher sollen die Ganztagschulen nach neuem Landeskonzept die so genannte "neue Rhythmisierung" in ihrem pädagogischen Konzept berücksichtigen. Das heißt Unterricht findet nicht mehr nur am Vormittag, sondern auch am Nachmittag statt, die Unterrichtszeiten werden entzerrt. Dadurch besteht für die Schulen die Möglichkeit, Unterrichts ergänzende Maßnahmen und Angebote wie Fördermaßnahmen und Hausaufgabenbetreuung, Schülerorientiertes Lernen, Arbeitsgemeinschaften und vieles mehr am Nachmittag - wenn möglich mit außerschulischen Kooperationspartnern - anzubieten. Der erweiterte Zeitrahmen bietet erweiterte Lern- und Erziehungsmöglichkeiten. Er bietet die Chance, die Integration zu verbessern und soziale und kulturelle Unterschiede zu überwinden. In der Ganztagschule können Schülerinnen und Schüler den ganzen Tag über lernen und vielfältige Erfahrungen sammeln.

Das baden-württembergische Ganztagschulkonzept geht von dem Gedanken aus, dass Bildung, Erziehung und Betreuung komplexe Aufgaben sind, der sich Land, Kommune, Schule, Eltern, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen in einem partnerschaftlichen Sinn annehmen sollen. Ziel ist es, Vereine, Verbände, Kirchen sowie

engagierte Bürgerinnen und Bürger in die Ganztagsbetreuung zu integrieren. In der Ganztagschule soll die Arbeit der hauptamtlich tätigen Lehrkräfte durch den Einsatz qualifizierter Kräfte, auch im Ehrenamt, ergänzt werden. Vor diesem Hintergrund wurde das Jugendbegleiter-Programm mit qualifizierten Ehrenamtlichen geschaffen.

2. Jugendbegleiter - Programm

Das Jugendbegleiter-Programm mit qualifizierten Ehrenamtlichen ist ein weiteres wichtiges Element unserer Ganztagschulkonzeption. Die Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter können mit ihrem Wissen und Erfahrungsschatz das Angebot der Schule bereichern. Herr Ministerpräsident Oettinger und Herr Kultusminister Rau haben im Februar 2006 eine Rahmenvereinbarung mit über 80 Verbänden aller gesellschaftlichen Bereiche, den Kirchen und anderen Institutionen unterzeichnet und damit den Startschuss für das Programm gegeben. Rund 250 Schulen nahmen bereits im ersten Modelljahr (Kalenderjahr) am Jugendbegleiterprogramm teil, zum zweiten Modelljahr konnten weitere 266 Schulen als Modellschulen genehmigt werden. Für das nun laufende dritte Modelljahr haben sich weitere 251 Schulen und nach der Umstellung auf das Schuljahr zum 1. September 2008 weitere 72 Nachrücker für das Jugendbegleiter-Programm angemeldet, so dass jetzt an rund 840 Schulen in Baden-Württemberg Bildungs- und Betreuungsangebote durch Jugendbegleiter durchgeführt werden. Bereits im vergangenen Herbst 2007 hat die Evaluation an den damals 514 Schulen ergeben, dass dort über 7.000 Jugendbegleiterinnen und -begleiter jede Woche über 10.400 Stunden Betreuungsangebote machen. Für die Jugendbegleiter bietet das Land in Abstimmung mit den Verbänden ein Qualifizierungsprogramm an, hinzu kommen Unterstützungsmaßnahmen für die teilneh-

menden Schulen wie z.B. eine Entlastungsstunde ab 21 Jugendbegleiter-Stunden pro Woche, das im Aufbau befindliche Multiplikatorennetzwerk aus erfahrenen Schulleitungen oder die sieben bis acht Regional Konferenzen im Jahr für neu einsteigende Schulen.

3. Programm "Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule"

Lassen Sie mich abschließend noch das Programm "Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule" ansprechen.

Am 4. November 2005 haben sich das Land und die Kommunalen Landesverbände im Rahmen der "Vereinbarung über Bildung und Betreuung im vorschulischen und im schulischen Bereich" auf das Programm "Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule" verständigt. Land und Kommunen werden bis zum Jahr 2014 eine Milliarde Euro investieren. Die Schulbauförderrichtlinien wurden so ergänzt, dass Küchen, Mensen und Räume für Betreuungsangebote förderfähig werden. Das Land erwartet von der "Investitionsoffensive Ganztagschule" einen erneuten Schub für die Entwicklung innovativer Betreuungs- und Unterrichtskonzepte.

Ich bin sicher, dass die Vielseitigkeit der Ganztagschulkonzeption des Landes den individuellen Bedürfnissen der Schulen entgegen kommt und das pädagogische Programm der Schulen ergänzt. Mit dieser Konzeption der Landesregierung zur Einrichtung von Ganztagschulen wird den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten, bessere Startchancen für Ausbildung und Beruf zu erhalten und es wird eine wichtige Grundlage geschaffen, die den veränderten Familienstrukturen und der Entwicklung einer neuen Lernkultur Rechnung trägt.

Ministerialdirigent Manfred Hahl ist Leiter der Abteilung 2 im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Diese Abteilung ist unter anderem zuständig für die Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung, für Lehreraus- und -fortbildung, für Schulplanung und Schulhausbau sowie für internationale Kontakte.

Manfred Hahl studierte Romanistik und Geschichte. Vor Übernahme seiner jetzigen Aufgabe im Jahr 2003 war er Gymnasiallehrer in Leonberg, leitender Mitarbeiter im Staatsministerium und im Kultusministerium und ab 1996 Präsident des Oberschulamts Stuttgart.

Dr. Hartmut Markert

Der Stellenwert der Ganztagschule im Bildungsverständnis der GEW

Mit dem von der Bundesregierung 2003 aufgelegten Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ hat die Ganztagschul-Debatte in der Bundesrepublik und auch in unserem Bundesland erheblich an Dynamik und Akzeptanz gewonnen. Die GEW Baden-Württemberg begrüßt diese Entwicklung.

Die GEW hat unlängst in einem Grundsatzbeschluss festgehalten, dass Schulreformen vorrangig daran zu prüfen sind,

- „ob sie einen Beitrag zu leisten vermögen zur Erhöhung von Chancengleichheit; (...)
- ob sie bei der Gestaltung und Verbesserung der situativen und inhaltlichen Rahmenbedingungen dazu beizutragen vermögen, dass alle Schüler/innen zu einem bestmöglichen Niveau der Entwicklung ihrer Fähigkeiten gelangen;
- ob sie ihrer Verpflichtung zur Sicherung von Allgemeinbildung gerecht werden.“

Unter diesen allgemeinen Aspekten, auf die ich im Einzelnen noch näher eingehen werde, betrachten wir die Ganztagschule als eine konstitutive, notwendige Schulform für alle inneren und äußeren Schulreformen; und es muss nicht überraschen, dass nahezu alle als „gute Schule“ angesehenen Reformschulen – seien sie in öffentlicher oder privater Trägerschaft – Ganztagschulen sind.

Es sind offensichtlich vor allem zwei gesellschaftspolitische Motive, die die Akzeptanz der Ganztagschule als nachholendes Projekt der Moderne erhöht haben: Das erste Motiv ist verbunden mit der Erwartung, die Ganztagschule möge mehr beitragen zur Erhöhung von Chancengleichheit, mehr dazu beitragen, den hierzulande auffällig engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungs- und Partizipationschancen zu durchbrechen. Auch das zweite

Motiv hat – wenn auch erst auf den zweiten Blick – mit Chancengleichheit zu tun: Es ist das Verlangen nach Vereinbarkeit von Familie, Berufstätigkeit und der Aussicht auf gelingende Schulbiografien der Kinder. Die überkommene Befürchtung einer die familiäre Erziehung schwächenden oder mit ihr konfligierenden schulischen Erziehung ist der Einsicht in die geschwächte Erziehungskraft der Familie gewichen. Auch ist die Einsicht gewachsen, dass sich schon in den Möglichkeiten, familiär die Voraussetzungen für gelingende Schulbiografien vorzuhalten, soziale Ungleichheit abbildet.

Der Beitrag der Ganztagschule zur Erhöhung von Chancengleichheit

Zunächst und ganz nahe liegend denken wir an das enorm erweiterte Zeitgefäß der Ganztagschule, das ungeahnte Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung nicht nur von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus erlaubt: in Form von Förderunterricht, Tutorien, Silentien und der Hausaufgabenbetreuung, in unterrichtliche Lernzusammenhänge integriert, an individuellen Lernbedürfnissen und -erfordernissen ansetzend, betreut und begleitet auch von Lehrerinnen und Lehrern. Die Schule übernimmt damit pädagogische Verantwortung für jenen Teil des Lernens, der in der herkömmlichen Schule der häuslichen Sphäre und dem eigentlich selbstständigen Lernen und Arbeiten übertragen wird, dort nicht selten scheitert und viele Eltern überfordert oder in kommerzielle Nachhilfeeinrichtungen abgedrängt wird.

Noch viel zu selten denken wir an die personalen, gesundheitlichen, psychischen und sozialen Voraussetzungen und Ressourcen, auf die Kinder und Jugendliche – und auch hier: nicht nur die im „Bildungskeller“ – nicht zurückgreifen können, um erfolgreich zu lernen. Die Ganztagschule kann den *ganzen* jungen Menschen in den Blick nehmen bei den vielfältigen Tätigkeiten und Angeboten, die sie auch zu einem Lebens- und Erfahrungsraum macht. Im schulpädagogi-

schen, sozialpädagogischen und psychologischen Partner-, Begleitungs- und Betreuungsnetz, im Netz von Schulfreundschaften, die für die Motivation, gerne in die Schule zu gehen, so wichtig geworden sind, können sie in ihren Schwächen und Bedürfnissen wahrgenommen werden und in ihren Stärken Anerkennung finden.

Mit dem Ausblick auf die Möglichkeiten, die die Ganztagschule als Haus des Lernens und Lebens zum Ausgleich sozialer Benachteiligung bieten kann, muss ich eine einschränkende Bemerkung und ergänzende These einführen.

Wir sind skeptisch, ob die Ganztagschule alleine - das heißt: unserem mehrgliedrigen Schulwesen übergestülpt - die in sie gesetzten Erwartungen zur Erhöhung von Chancengleichheit wird erfüllen können. Diese Skepsis wird nicht nur und nicht erst genährt durch den von RADISCH und KLIEME vorgelegten Literaturbericht zur „Wirkung ganztägiger Schulorganisation“, der - Ironie der Situation - auch darunter leidet, dass es so gut wie keine empirische Forschung zu diesem Thema in vergleichbaren Ländern gibt, weil sie gar keine andere Schule als die ganztägige kennen. Wir sagen: Eine Ganztagschule kann die in sie gesetzten Erwartungen dann erfüllen, wenn sie eine Schule längeren gemeinsamen Lernens, wenn sie „eine Schule für alle“ ist. Eine solche Schule ist eine Ganztagschule, weil sie nur dort ihre integrative, inklusive Wirkung entfalten und zu einem Haus der individuellen Förderung und des kooperativen Lernens in seinen vielfältigen Unterrichts- und Ausdrucksformen werden kann. Wir werden die exklusive, tendenziell sozial reproduktive und schulisch randständige Situation des „Bildungskellers“ nicht aufbrechen und anspruchsvolle Bildungsgänge nicht humaner gestalten können, wenn wir die „inneren“ - die pädagogischen und didaktischen - Folgekosten selektiver Strukturen nicht zurücknehmen und auf die jetzt schon gegebene Heterogenität und Vielfalt nicht zwingend mit individualisierten und integrativen Lernkulturen antworten.

Der veränderte Schulalltag: Lernkulturen, Förderung und Erziehungspartnerschaft

Wir müssen die Ganztagschule nicht neu erfinden, weil man sie - auch in ihrer modellhaften Ausgestaltung - überall schon besichtigen kann. Die flächendeckende Um-

setzung eines solchen großformatigen Reformprojekts braucht zweifellos Zeit, Zeit für Planung und Implementation, Zeit für neue Erfahrungen und für die Veränderung von Routinen.

Zusammenfassend möchte ich einige konstitutive Merkmale skizzieren:

- Die verbindliche Ganztagschule umschließt 7 bis 8 Zeitstunden an vier Wochentagen. Dies erlaubt ihr, die verschiedenen Unterrichtsformen wie Freiarbeit, Kursunterricht, fächerverbindenden Unterricht, Projekt- und Werkstattunterricht, die ergänzende Förderung in Form von Förderunterricht, Silentien und Tutorien, Hausaufgabenbetreuung sowie die vielfältigen fakultativen Angebote im musischen und sportlichen Bereich als kohärente und rhythmisierte Tages- und Wochenverläufe zu komponieren.
- Die Klassen bzw. Klassenstufen werden getragen und begleitet von Teams aus Klassen- und Fachlehrer/innen, denen Sozial- und Sonderpädagogen angehören. Experten von außen, Lehrbeauftragte, Kirchen, Vereine und kommunale Einrichtungen, freiwillige und ehrenamtliche Helfer sind willkommen und bereichern die Angebote; im Interesse gesicherter und verlässlicher Abläufe sollte die Ganztagschule jedoch nicht darauf aufbauen.
- Die Schularchitektur muss den Bedürfnissen eines veränderten Schulalltags Rechnung tragen und kann das Ihre dazu beitragen, dass er nicht zu einer Zumutung für alle wird. Deshalb müssen wir darauf bestehen, dass zur Mensa auch Gruppenräume, Räume - innen und außen - für Spiele, Sport und Freizeittätigkeiten, Studios, Werkstätten, Medio- und Bibliotheken hinzukommen und auch Arbeitsplätze für das pädagogische Personal.

Abschließend sollte ich noch kurz auf die Frage eingehen, wie es gelingen kann, auch Eltern aus bildungsfernen Milieus für eine Erziehungspartnerschaft zu gewinnen. Man muss wissen, dass die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit von Eltern, für ein glückliches und glückliches Aufwachsen und für die notwendigen häuslichen Vorausset-

zungen für eine gelingende Schulbiografie zu sorgen, Teil ist ungleicher und benachteiligender Bildungschancen. Die Ganztagschule kann und soll entlasten und ausgleichen. Auch wenn es ihr gelingen sollte, soziale Tugenden und moralisches Verhalten besser zu verankern, Methoden und Dispositionen selbstständigen Lernens und Handelns zu vermitteln, auch produktives Tun zu kultivieren, so kann und soll sie die familiäre Sphäre und die häusliche Erziehung nicht ersetzen. Wir müssen also weiterhin alles daran setzen, das Interesse der Eltern für die institutionellen Formen der Erziehung und Bildung und für die schulischen Veranstaltungen zu gewinnen und ihre Kompetenzen für eine das schulische Wohlergehen befördernde Erziehung der Kinder zu stärken. Ich halte viel davon, damit früh - also schon in den Kindertagesstätten - zu beginnen, wenn das Interesse der Eltern für die Erziehung noch groß ist. Internationale Erfahrungen zeigen, dass dies ein Erfolgs ver-

sprechender Weg sein kann. Für viel versprechend halte ich auch die Projektförderung „Wie geht Schule?“ der „Elternstiftung“, im Rahmen derer möglichst interkulturell versierte Multiplikatoren Eltern mit Migrationshintergrund erreichen sollen.

Ich konnte hier nur einige wesentliche Themen anreißen und versuchen, in Kürze auf die vorgegebenen Fragen einzugehen. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass nicht nur im Grundsätzlichen viel Konsens besteht. Was wir benötigen, sind klare politische Schulentwicklungsvorgaben, die auch dafür sorgen müssen, dass wir auf dem Weg zur Ganztagschule als Regelschule nicht zu viele Fehlinvestitionen tätigen. Und schließlich mein ceterum censeo: Der zunehmenden Gewissheit, dass wir unser Bildungswesen weiterhin gründlich reformieren müssen, muss dringend die Bereitschaft folgen, ihm auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Dr. Hartmut Markert ist Rektor der Grundschule Hechingen und Leiter des Vorstandsbereichs "Allgemeine Bildung" der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg. Die GEW fordert neben dem Auf- und Ausbau von Ganztagschulen längeres gemeinsames Lernen in "Einer Schule für alle". Damit die Ganztagschule die von ihr erwarteten integrativen und sozial ausgleichenden Funktionen besser erfüllen kann, sollte das selektive Schulwesen zugunsten eines inklusiven und die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellendes Schulsystems verändert werden.

Christiane Staab

Elternsicht 1: Der Landeselternbeirat zum Thema Ganztageschule

Der Landeselternbeirat (LEB) befürwortet einen bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau an Ganztageschulen über alle Schularten hinweg. Dieser Ausbau bedingt Veränderungen bei der baulichen Gestaltung, der personellen Ausstattung und nicht zuletzt bei den pädagogischen Konzepten. Die Ausstattung der Schulen mit genügend Lehrerstellen ist eine zentrale Forderung des Landeselternbeirats bei der Umstellung auf den Ganztagsbetrieb. Im Vordergrund muss die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler stehen; dies ist nur mit professionellen Kräften möglich. Die Einbeziehung außerschulischer Partner ist dabei eine sinnvolle Ergänzung.

Pädagogische Ausrichtung der Ganztageschulen:

Qualitativ gute Ganztageschulen brauchen neben ehrenamtlichem Engagement auch ausreichend pädagogisch qualifiziertes Personal. Dazu sind zusätzliche Lehrerstellen erforderlich. Ergänzende Angebote durch Fachkräfte und Experten können nach Vorgabe und qualitativer Prüfung durch die Schulleitung und in Absprache mit den schulischen Gremien pädagogisch sinnvoll in das außerschulische Angebot einbezogen werden.

Die Ganztageschule als Lern- und Lebensraum wird nach Ansicht des Landeselternbeirats ein immer wichtigerer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Veränderte Familienstrukturen mit mehr Einzelkindern, mehr Alleinerziehenden und weniger Rückhalt in der sozialen Gemeinschaft, stellen auch die Schulen als Lern- und Lebensort der Kinder vor neue Aufgaben. Diese zu bewältigen erfordert mehr denn je die kooperative Zusammenarbeit aller am Schulleben beteiligten Gremien und Personen im Sinne der Erziehungspartnerschaft. Es erfordert aber auch mehr

Zeit, um Lebens- und Lernerfahrungen zu vermitteln, damit Jugendliche bei steigenden Anforderungen bestmöglich auf den Einstieg in Beruf oder Studium vorbereitet werden.

Eine Ganztageschule, in der die Kinder vormittags unterrichtet und nachmittags ehrenamtlich beaufsichtigt werden, trägt nach Ansicht des Landeselternbeirates nicht zu der dafür nötigen qualitativen Verbesserung schulischer Bildung bei. Dies kann nur durch eine professionell geführte Ganztageschule erreicht werden, bei der im Sinne der Chancengleichheit die individuelle Förderung der Schüler im Vordergrund steht.

Ganztageschule braucht ein pädagogisches Konzept, in dem Unterricht, Beiträge außerschulischer Partner, Förderangebote, Arbeitsgemeinschaften, Hausaufgabenbetreuung und vieles mehr im Sinne eines rhythmisierten Unterrichts gut aufeinander abgestimmt sind. Die Ausstattung der Ganztageschulen mit zusätzlichen Lehrerstellen ist für den Landeselternbeirat daher unerlässlich. Elementar wichtig für die ECHTE Ganztageschule ist die Anwesenheit der Lehrer auch am Mittag. Vertiefender Unterricht am Nachmittag, Lernbegleitung, Förderangebote sind die wesentlichen Vorteile einer ganztägigen Bildung. Hierfür sind die Lehrer nicht wegzudenken.

Dabei wäre es wünschenswert verlässliche Zahlen zu erhalten, anhand derer sich der zusätzliche Lehrerberuf an Ganztageschulen beziffern lässt. Zu berücksichtigen sind dabei auch mögliche Synergieeffekte durch neue Lehrerarbeitszeit- und Unterrichtsmodelle sowie die Einbindung von ehrenamtlichen Kräften und Vereinen als ergänzendes Angebot.

Im Bereich der Ganztagesgymnasien scheint dem Landeselternbeirat der zusätzliche Bedarf an Lehrerstellen aufgrund

der ohnehin erhöhten Stundentafel im G 8 nicht allzu groß.

In Baden-Württemberg gibt es viele sehr gute Beispiele für erfolgreiche Ganztagschulen. Hilfreich für Neuprojekte wäre eine Liste mit Modellschulen aus allen Schularten, an denen gute pädagogische Konzepte umgesetzt wurden. Die kompetente Beratung und den Erfahrungsaustausch hält der Landeselternbeirat für wichtig, weil gerade auch die Einbindung außerschulischer Partner nötig ist, um die vielen Aufgaben sachgerecht und verantwortungsvoll erfüllen zu können.

Personelle Ausstattung der Ganztageschule

Nach Rücksprache mit Experten ist der Landeselternbeirat der Meinung, dass sich die zur Umstellung auf den Ganztagesbetrieb nötige Deputatserhöhung an den Schulen im finanzierbaren Rahmen bewegt (siehe Beispielstundenpläne im Anhang). So könnten die zusätzlichen organisatorischen Arbeiten, die sich durch die Einbindung außerschulischer Partner ergeben, von Schulverwaltungsassistenten übernommen werden. Auch die ohnehin dringend benötigten Schulsozialarbeiter können wichtige Aufgabenfelder im Bereich der Ganztageschule abdecken. Weitere Synergieeffekte können durch die Zusammenarbeit mit Jugendämtern oder Stadtjugendreferaten erzielt werden. Die Zahl der zusätzlich erforderlichen Lehrerstellen wird je nach Schulart und Stundentafel schwanken, kann nach Ansicht des Landeselternbeirates aber weitgehend abgedeckt werden, wenn die aufgrund des Schülerrückgangs frei werdenden Lehrerstellen sukzessive in die Ganztageschule einfließen. Dem Landeselternbeirat geht es somit nicht um eine erneute, erhebliche Aufstockung der Lehrkräfte an den Schulen, sondern vor allem um den Erhalt der bisherigen Stellen bei rückläufigen Schülerzahlen ab 2007.

Bauliche Maßnahmen an Ganztageschulen und ihre Finanzierung

Dazu soll das Land Baden-Württemberg in Abstimmung mit den kommunalen Spitzengremien ein Förderprogramm in ausreichender Höhe als Folgeprogramm für das „Investitionsförderprogramm Zukunft

Bildung und Betreuung“ (IZBB) des Bundes auflegen.

Die Mittel aus dem Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB), mit dem der Bund den Ausbau von Ganztageschulen fördert, sind für Baden-Württemberg bereits ausgeschöpft. Von 508 Anträgen in der Vergaberunde 2005 wurden lediglich 159 gefördert. 349 Schulen im Land haben Anträge gestellt und gingen leer aus.

Die hohe Zahl der Anträge hat gezeigt, wie groß der Bedarf an Ganztageschulen auch in Baden-Württemberg ist. Die künftigen bildungspolitischen Entscheidungen der Landesregierung sollten sich nach Ansicht des Landeselternbeirates an diesem Bedarf orientieren und dem Wunsch vieler Eltern nach einer besseren Bildung und Förderung der Schulkinder Rechnung tragen.

Neben den pädagogischen Konzepten sind auch die räumlichen Rahmenbedingungen wichtig für eine sinnvolle Ganztageschule. Dazu gehören ausreichend Aufenthalts- und Stillarbeitsräume für Schüler und Lehrer sowie die Möglichkeit einer ausgewogenen und gesunden Mittagsverpflegung.

An vielen Schulen Baden-Württembergs sind diese räumlichen Voraussetzungen gar nicht oder nur teilweise gegeben. Da die Schulträger aufgrund der kommunalen Finanzlage derzeit vielerorts nicht in der Lage sind, die nötigen Bauinvestitionen zu tätigen, hält der Landeselternbeirat es für dringend notwendig, dass das Land Baden-Württemberg in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden ein eigenes Förderprogramm für den Ausbau von Ganztageschulen auflegt oder die Mittel des Schulbauförderprogramms entsprechend aufstockt.

Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Ganztageschulangebote sind ein wichtiger Baustein bei der Kinderbetreuung. Jungen Frauen muss die Entscheidung zwischen Kind und Beruf erleichtert werden.

Die Ganztageschule muss auch Instrument einer aktiven Familienpolitik verstan-

den werden. Der LEB will sich daher nicht nur auf die Beratung bei aktuellen Bildungs- und Erziehungsfragen fokussiert sehen, sondern deutlich machen, wie sehr die Bildungspolitik von heute die gesellschaftlichen Strukturen von morgen beeinflussen kann. Gerade beim Thema Ganztageschulen wird dieser Zusammenhang deutlich. Laut statistischen Erhebungen bewertet die große Mehrheit der jungen Leute das Thema Familie als wichtigen Aspekt der Zukunftsplanung, allerdings spiegle sich diese Bewertung nicht in den aktuellen Geburtenraten wieder.

Ein Grund für diese Diskrepanz ist auch in der nach wie vor schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sehen, denn

die heutige Generation junger Frauen ist so gut ausgebildet wie keine zuvor und nicht mehr so einfach bereit, auf die berufliche Laufbahn zu verzichten. Damit junge Frauen sich dennoch für die Familiengründung entscheiden, dürfen sich sie nicht die leidige Wahl zwischen „Kind oder Karriere“ haben, vielmehr braucht es entsprechende Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Dazu gehört in erster Linie ein ausreichendes Angebot an ganztägigen Bildungseinrichtungen.

Ein wesentliches Element dabei sind Ganztageschulen, in allen Schularten.

Christiane Staab ist die Vorsitzende des Landeselternbeirates Baden-Württemberg (LEB); 2008 wurde sie in ihrem Amt erneut bestätigt. Sie kritisiert das achtjährige "Turbo-Gymnasium" und die verbindliche Grundschulempfehlung. Sie fordert bezahlbares Schulesen und mehr Schulpsychologen, und sie spricht sich für Ganztagschulen aus. Christiane Staab ist Juristin, CDU-Stadträtin in Karlsruhe und Mutter dreier Kinder. Sie fordert mehr Investitionen in die Bildung und mehr Ganztagschulen. Auch die Lehrerqualität liegt ihr am Herzen.

Der LEB ist ein Beratungsgremium des baden-württembergischen Kultusministeriums. Es wird bei allen geplanten Verwaltungsvorschriften, Gesetzen und wichtigen Änderungen im Bildungs- und Schulbereich angehört.

Doris Barzen

Elternsicht 2; Statement des Arbeitskreises Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg

Zunächst möchte ich Ihnen den AK Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg vorstellen:

1. Mandat in der Klasse des Kindes (Klassenpflegschaftsvorsitzender oder Stellvertreter)
2. Mandat an der Schule des Kindes (Elternbeiratsvorsitzender der Schule)
3. Alle Elternbeiratsvorsitzenden eines Schulträgers bilden den Gesamtelternbeirat der Stadt/Gemeinde. Diese wählen ihre Vorsitzenden.
4. Zum Zeitpunkt der Wahl in den Vorstand des AK GEB BW muss man also entweder Gesamtelternbeiratsvorsitzender oder Stellvertreter sein oder aber als Gesamtelternbeirat zu den Wahlen delegiert worden sein.
5. Der Vorstand besteht aus je drei Vollmitgliedern je Regierungsbezirk und je einen Stellvertreter. Zusätzlich sieht unsere Geschäftsordnung drei Mitglieder der Schulen in freier Trägerschaft vor.
6. Zusätzlich haben wir zahlreiche „BeraterInnen“, die uns z. T. während der ganzen Amtsperiode unterstützen oder aber projektmäßig.
7. Die Amtsperiode dauert drei Jahre
8. Wir arbeiten ehrenamtlich, überparteilich und überkonfessionell.

Dies bedeutet, dass der AK GEB BW in engem Kontakt mit der Basis und im intensiven Austausch mit allen an guter Bildung interessierten Menschen ist.

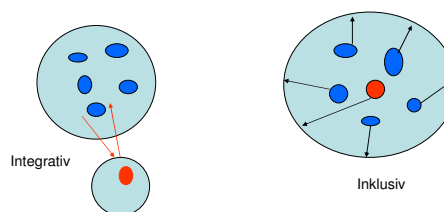
Position des AK GEB BW

Wir haben uns nach Jahren der Diskussion, nach zahlreichen Veranstaltungsreihen für Eltern und Bildungsinteressierte, in noch zahlloseren Einzelgesprächen, bei Schulungen mit den Eltern der Basis 2004 in unserem ersten Positionspapier zum Bildungssystem für längeres gemeinsames Lernen ausgesprochen.

2007 haben wir uns dann, nach noch mehr Diskussionen und Informationen, klar positioniert:

Der AK GEB BW spricht sich für ein inklusives Schulsystem in einer 10jährigen Basischule in einer gebundenen Ganztageschule aus. Darauf aufbauend können sich die Schüler und Schülerinnen für eine berufliche Ausbildung oder eine gymnasiale Laufbahn entscheiden.

Integrative + Inklusive Schulsysteme



Wie sind wir dazu gekommen?

Wir haben in den Mittelpunkt unserer Überlegungen den Schüler, die Schülerin gestellt. Einige Punkte, die in unseren Diskussionen maßgeblich waren:

Was benötigt ein Kind, ein Jugendlicher

1. um ein anerkanntes, gleichberechtigtes Mitglied in einer demokratischen Gesellschaft zu sein
2. um eigenverantwortlich für sich zu handeln
3. um Verantwortung für andere zu übernehmen (z. B. für die Familie, als Unternehmer, als Führungskraft und als Arbeitnehmer)
4. um die Herausforderungen der Gesellschaft zu bewältigen
5. um den Anforderungen an das Berufsleben gewachsen zu sein

6. damit Chancengleichheit gewährleistet wird
7. für eine gute Bildungsbiografie

Wir haben uns am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland orientiert:

Artikel 1

(1) alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich (Anm.: Kinder sind bereits mit ihrer Geburt Menschen)

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 6

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

Wir vertreten ganz entschieden die Auffassung, dass in unserem Bildungssystem Chancengleichheit hergestellt werden muss. Spätestens seit den internationalen Vergleichsstudien, wie z. B. PISA, wissen wir, dass gute Bildung bei uns wesentlich vom sozialen Hintergrund abhängig ist. Auch gibt es Zusammenhänge zwischen Armut und Bildung. Ganz besonders benachteiligt sind Kinder, die in armen und bildungsfernen Familien groß werden.

Armut grenzt aus

Dies darf sich ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland nicht leisten. Es widerspricht dem Grundgesetz und ist menschenunwürdig. Und dies kann sich die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr länger leisten – wir brauchen jedes Kind mit seinen ihm eigenen Talenten. Wir dürfen keines verlieren und wir dürfen keines beschämen.

Landesverfassung Artikel 15 (3)

(3) Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, muss bei der Gestaltung des Erziehungs- und Schulwesens berücksichtigt werden.

Im Baden-Württembergischen Schulgesetz wird diese Mitbestimmung auf wundersame Weise zur Mitwirkung. Der AK Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg wünscht sich daher von den "Grünen" auch, bei ihrem Entwurf zur Gesetzesänderung die Rechte der Eltern zu stärken.

Familienstrukturen sind vielfältig und reichen von der klassischen verheirateten Paarfamilie über Alleinerziehende und neu zusammengesetzte Familien. Kinder haben Trennung und Scheidung erlebt oder wachsen ohne Eltern in Einrichtungen der Jugendhilfe auf. Wir haben heute die Situation, dass in sehr vielen Familien beide Elternteile arbeiten gehen (müssen). Aus welchen Gründen auch immer, das kann nur die Familie entscheiden und darüber hat niemand anders zu urteilen. Kein Politiker, kein Lehrer und kein Nachbar.

Diese Gesellschaft muss endlich lernen mit Heterogenität umzugehen. Und das gilt im Besonderen für die Bildungseinrichtung Schule, die von der Gesellschaft gewünscht ist. In diese Einrichtung müssen alle Kinder gehen. Die Gesellschaft ist heterogen. Jeder einzelne Mensch hat Begabungen. Unsere Bildungsverantwortlichen meinen den vielfältigen Begabungen mit einem Schulsystem gerecht zu werden, das in Hauptschüler, Realschüler, Gymnasiasten, Sonderschüler und Förderschüler sortiert.

Hier frage ich, ganz privat, welches Menschenbild in einer christlich orientierten Gesellschaft vorherrschen sollte und welches hier bei uns vorherrscht.

Ganztageschulen

Die gebundene Form ist ohne Alternative. So wie Schule heute noch fast überall ist, ist es nur verständlich, wenn die Kinder mittags fluchtartig die Schule verlassen – sofern sie nicht Nachmittagsunterricht haben.

Eltern erleben Schule heute häufig immer noch als einen Ort, an dem sie nichts zu sagen haben (überspitzt: sie dürfen an Schulfesten entscheiden, ob der Kaffee mit oder ohne Koffein ausgeschenkt wird). Schule anerkennt nicht die Kompetenzen der Eltern. Mitsprache ist nicht erwünscht. Der Elternwille wird „ausgeklammert“.

Schule prägt erheblich den Familienalltag. Aber - in der Schule werden Eltern als Primärerziehungsberechtigte ignoriert, ein in meinen Augen massiver Verstoß gegen Grundgesetz und Verfassung.

Stellen wir nun wieder die Schüler und Schülerinnen in den Mittelpunkt, so erkennen wir, dass die Kinder und Jugendlichen unterschiedlich lange benötigen um die verschiedenen Lernziele zu erreichen. Und dann wird klar, dass Schule mehr Zeit benötigt.

Unser Schulsystem ist aber so aufgebaut, dass alle SchülerInnen in einer Klasse zur selben Zeit das gleiche Ziel erreicht haben sollen. Nicht nur nach meiner Meinung erreicht man dadurch nur, dass die Schüler und Schülerinnen sich darauf konzentrieren, was sie für den nächsten Test benötigen, danach vergessen sie das Ganze wieder.

SchülerInnen, die sind mit dem Lernen noch nicht fertig, wenn Wissen abgefragt wird erhalten sie schlechte Noten.

Schlechte Noten führen zu Klassenwiederholungen (auch bei Teilleistungsschwächen), schlechte Noten führen auch zu Abschlüssen. Und sie führen dazu, dass das Lernen als etwas Unangenehmes angesehen wird.

Ist es der Sinn eines Bildungssystems, dass es „Verlierer“ gibt? Wir sagen nein! Außerdem sehen wir einen Zusammenhang zwischen der Bildung in der Jugendzeit und der Erwachsenenbildung!

Schule muss zu einem Lern- und Lebensraum werden in dem Kinder angstfrei lernen und sich entwickeln können. Denn Angst ist ein sehr schlechter Lernbegleiter.

Es zwingend erforderlich die Lehreraus- und -fortbildung grundlegend zu verändern.

Wir brauchen keine Lehrerausbildung getrennt nach Grund-, Haupt-, Realschule und Gymnasium sondern wir brauchen Grundschullehrer, Lehrer für die Sekundarstufe und Gymnasiallehrer für die gymnasiale Oberstufe. Außerdem muss sehr genau geprüft werden, wer sich für den Lehrberuf entscheidet. Bei der Berufswahl dürfen nicht pragmatische Interessen im Vordergrund stehen, sondern es müssen pädagogische Motive in den Mittelpunkt rücken.

Alle Lehrkräfte müssen umfassend in Pädagogik, Didaktik, Kinder- und Jugendpsychologie, Methodik, Konfliktumgang und -beratung ausgebildet werden. Dies ist keine abschließende Aufzählung.

Und natürlich müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Lern- und Ruheräume, Räumlichkeiten für Sport, Musik, Freizeit. Auch anderes Fachpersonal außer Lehrpersonen kann hier mitgestalten. Jedoch muss darauf geachtet werden, dass keine Beliebigkeit eintritt – die außerunterrichtliche Gestaltung nur aufbauend auf das Ehrenamt ist falsch.

Zu den Rahmenbedingungen gehören selbstverständlich auch ansprechende Gebäude und Klassenzimmer. Eine Mensa und ein warmes Mittagessen gehören zu den Selbstverständlichkeiten.

Ich vertrete die Meinung, dass dieses Mittagessen kostenfrei sein muss. Wenn Schule unentgeltlich ist, dann gehört dazu auch vollwertiges, kostenfreies Mittagessen.

Und zwar auch unter dem Gesichtspunkt, dass Armut ausgrenzt. Und dass ein gemeinsames Mittagessen verbindet.

In jede Schule gehört zusätzliches pädagogisches Personal.

Ein ganz wichtiger Aspekt einer gebundenen Ganztageschule ist es auch, dass alle Kinder gemeinsam den Tag erleben. Dass alle gemeinsam miteinander leben und lernen. Dass ihnen die Stärken vertraut werden und Schwächen nicht mehr hervorgehoben werden. Und dass außerunterrichtliche Angebote kostenfrei genutzt werden können.

Für die Familien bedeutet es noch zusätzlich, dass sie nicht mehr mit Hausaufgabenbetreuung vergewaltigt werden, denn die Schülerinnen und Schüler sind damit fertig, wenn sie nach Hause kommen. Der Familien - Nachmittag kann viel entspannter gestaltet werden. Die Wochenenden werden nicht mehr zum Familiennachhilfetag.

Renate Hendriks, ehemalige Bundeselternratsvorsitzende, spricht im –Zusammenhang mit Hausaufgaben von "Hausfriedensbruch".

Die Diskussion „Eltern oder Ganztageschule“ ist falsch. Wir haben vielfach schon die Ganztageschule und wir sehen anhand der

Beantragungen von Schulen, dass die Ganztageschulform zunimmt.

Nur sagen wir: Wer entscheidet, welche Kinder in die Ganztageschule gehen sollen, wenn diese in der sog. offenen Form angeboten wird? Brauchen manche Kinder die Ganztageschule und manche nicht? Welche Kriterien zählen? Wer entscheidet? Die Umsetzung des gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrages muss endlich verwirklicht werden. Eltern müssen als Partner der Schule in die Schulkonzeption und deren Umsetzung verantwortlich eingebunden werden.

Ich vertrete die Auffassung, dass Schule die Eltern in deren Erziehungsaufgaben zu unterstützen hat. Es kann natürlich nicht sein, dass nun an einer Schule 1000 verschiedene Erziehungsstile berücksichtigt werden müssen – aber Schule muss mit den Eltern sehr intensiv im Gespräch sein und wissen, welche Erziehungsziele die Eltern haben. Und dann muss in entsprechenden Konferenzen festgelegt werden, welche pädagogischen Inhalte an der Schule gelten, Und das muss natürlich immer wieder überprüft werden – Erziehungsinhalte verändern sich.

Wir haben in Baden-Württemberg immer noch eine nicht paritätisch besetzte Schulkonferenz. Eltern sind von der Gesamtlehrerkonferenz ausgeschlossen - der Konferenz, die die pädagogischen Inhalte festlegt. Dieses gilt es zunächst zu verändern. Eltern haben Kompetenzen! Und sie haben Rechte! Der Gesetzgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass diese Rechte auch umgesetzt werden können.

"Es ist nicht nur so, dass wir falsch sortieren, es ist auch falsch, dass wir überhaupt sortieren."

Doris Barzen ist Vorsitzende des Gesamtelternbeirats Baden-Württemberg (GEW BW). Erfahrung in langjähriger Elternarbeit bei allen vier Kindern im Waldorfindergarten. Seit 1987 Elternarbeit an staatlichen Schulen (verschiedene Schularten) in den Funktionen Klassenpflegschaftsvorsitzende, Elternbeiratsvorsitzende, Schulkonferenzmitglied, Gesamtelternbeiratsvorsitzende. Stellvertretendes Mitglied im letzten Landeselternbeirat (LEB) und Gaststatus im Bundeselternrat. Doris Barzen ist seit acht Jahren im Vorstand des Arbeitskreises GEB BW, davon seit sechs Jahren als Vorsitzende. Am 5.5.2007 wurde sie in der Mitgliederversammlung erneut zur Vorsitzenden für die nächsten drei Jahre gewählt. Dadurch auch Mitglied in der Initiative "Länger Gemeinsam Lernen".



„Im Sinne einer gerechten Auslese lautet die Prüfungsfrage für Sie alle gleich: Klettern Sie auf den Baum!“

Im Mittelpunkt müssen die Schüler und Schülerinnen stehen – deshalb muss eine Reform alle Schularten umfassen und nicht nur "Fitness-Programm" für einzelne Schularten sein.

Gute Bildung muss zeitgerecht sein, darf aber nicht nur dem Zeitgeist entsprechen. Es ist Aufgabe des Staates die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle an guter Bildung teilhaben können. Ein gutes Bildungssystem lässt keine Verlierer zu! Die Struktur des Bildungssystems dahingehend zu ändern, dass die individuelle Förderung jedes Kindes gewährleistet ist. Sonderschulen müssen weitestgehend überflüssig werden und alle Kinder sind in Regelschulen zu integrieren. Unsere Gesellschaft ist heterogen. Dies kann man nicht dadurch verstecken, dass man Menschen sortiert und in gesonderte Einrichtungen steckt.

**School must be a place to grow up in.
Die Struktur lenkt das pädagogische Denken!**

Norbert Brugger Ganztagsschule – die Sicht der Schulträger

1.1 Entwicklung der Ganztagsschule

Der Städtetag Baden-Württemberg fordert seit 1999 ein flächendeckend bedarfsge-
rechtes Angebot an Ganztagsschulen über
alle Schularten hinweg.

Ganztagsschulen galten in Baden-Württem-
bergs Landespolitik bis zum Inkrafttreten
des Bundesinvestitionsprogramms „Zukunft
Bildung und Betreuung“ (IZBB) im Jahre
2003 demgegenüber lediglich als besonde-
res schulisches Instrument zur Förderung
sozial benachteiligter Schülerinnen und
Schüler („Brennpunktschulen“) und blieben
daher weitestgehend auf Haupt- und För-
derschulen begrenzt. Der Bund überließ die
Umsetzung des IZBB weitgehend den Län-
dern und legte keine Prioritäten für den
Ganztagsschulaausbau hinsichtlich bestimm-
ter Schularten fest. Der Städtetag setzte
sich erfolgreich für die IZBB-Umsetzung bei
allen Arten allgemein bildender Schulen ein,
um seinem politischen Ziel näher zu kom-
men.

Nachdem die IZBB-Fördermittel (528,3 Mio.
EUR) 2005 bereits erschöpft waren, sorgte
der Verband für ein mit 450 Mio. EUR do-
tirtes und über neun Jahre währendes
Nachfolgeförderprogramm des Landes
(„Chancen durch Bildung - Investitionsof-
fensive Ganztagsschulen“), welches vom Mini-
sterrat am 20.02.2006 beschlossen wurde.
Es bezweckt den Ausbau von 40 % aller
allgemein bildenden Schulen zu Ganztags-
schulen bis 2015.

Auch dieses weit reichende Programm ist
durch die Realität bereits weit vor dessen
Vollzug überholt. Die „Qualitätsoffensive
Gymnasium“ vom 23.06.2008 enthält die
Zusage des Landes, alle Gymnasien spä-
testens ab Schuljahr 2009/10 als Ganztags-
schulen zu genehmigen, sofern die Voraus-
setzungen hierfür vorliegen. Und die „Quali-
tätsoffensive Bildung“ des Landes vom
15.07.2008 beinhaltet die Zusage, jede min-

destens zweizügige Hauptschule auf Antrag
als Ganztagsschule zu führen.

Alleine seit 2003 hat sich die Zahl an öffent-
lichen Ganztagsschulen mehr als verdrei-
facht (2003: 295, darunter z. B. nur vier
Grundschulen, neun Realschulen und zehn
Gymnasien; 2008: 1058). Die Lehrerversor-
gung und Unterrichtsrhythmisierung hat pa-
rallel Fortschritte gemacht. Seit 2006 erhal-
ten auch offene Ganztagsschulen zusätzli-
che Lehrerzuweisungen. Mit der Qualitätsof-
fensive Bildung werden – siehe auch Seite 2
– bis 2011 insgesamt 3.200 neue Lehrer-
stellen geschaffen, wiewohl die Schülerzahl
rückläufig ist.

1.2 Ausblick

Nachdem die Ausbaubeschränkungen bei
den Hauptschulen und Gymnasien gefallen
sind, wird dies spätestens mittelfristig auch
bei den Grundschulen und Realschulen der
Fall sein. Etwa die Hälfte der Grundschulen
und deutlich mehr als die Hälfte der weiter-
führenden Schulen wird in fünf Jahren daher
über Ganztagsangebote verfügen. An vielen
Halbtagsgrundschulen werden zudem er-
gänzende Betreuungsangebote (Verlässli-
che Grundschule, flexible Nachmittags-
betreuung) offeriert. Die Ganztagsschule
wird damit zur Regelschule.

In den nächsten sechs Jahren besteht über
das Landesprogramm „Chancen durch Bil-
dung - Investitionsoffensive Ganztagsschu-
len“ eine spezielle Unterstützungsmöglich-
keit für den Ganztagsschulaausbau (Förder-
topf: 50 Mio. EUR / Jahr). Sie sollte ggf. ge-
nutzt werden.

1.3 Forderungen an das Land

- Verankerung der Ganztagsschule im
Schulrecht noch innerhalb der bis 2011
währenden aktuellen Legislaturperiode
des Landtags, um Rechtssicherheit und
Rechtssklarheit zu schaffen.

- Übernahme der Mittagessensaufsicht durch die Ganztagschulen anstelle der Schulträger.

2. Außerunterrichtliche Betreuungsangebote

2.1 Entwicklung

Im Schuljahr 1990/91 sind 80 außerunterrichtliche Betreuungsgruppen an Grundschulen von Kommunen als „Kernzeitenbetreuung“ eingerichtet und seitens des Landes gefördert worden. Zum Schuljahr 2000/01 wurde diese zwischenzeitlich stark angewachsene Betreuung zur „Verlässlichen Grundschule“ weiterentwickelt. Ca. 4.000 Gruppen agieren heute unter deren Dach und werden mit ca. 20 Mio. EUR/Jahr seitens des Landes unterstützt.

Nochmals etwa denselben Betrag verausgabte das Land für die zum Schuljahr 2002 / 03 eingeführte Förderung flexibler Nachmittagsbetreuung und Ganztagschulbetreuung sowie für die Horte an der Schule. Die zunächst nur bei gebundenen Hauptschulen gewährte Ganztagschulbetreuungsförderung wurde 2006 auf alle Arten allgemein bildender gebundener und offener Ganztagschulen erweitert. Mittlerweile gibt es auch in diesem Bereich mehr als 2.000 Betreuungsgruppen. Der dauerhafte Bestand dieser – zwischenzeitlich wieder zur Disposition gestellten – erweiterten Förderung ist dank beharrlichen Insistierens des Städtetags durch eine Zusage des Landes im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung vom 15.07.2008 gesichert.

Das direkt an die Schulen gerichtete Lehrbeauftragtenprogramm des Landes ermöglicht die Förderung außerunterrichtlicher Schulangebote, die hauptamtlich oder eh-

renamtlich geleistet werden. Es ist gegenwärtig mit 2,6 Mio. EUR/Jahr dotiert.

Mit dem Jugendbegleiter-Programm initiiert und fördert das Land seit 2006 – zunächst für vier Jahre im Projektweg – ehrenamtliche Betreuung an den Schulen, derzeit im Umfang von 4 Mio. EUR/Jahr. Die Zahl teilnehmender Schulen ist seither von 250 (2006) über 514 (2007) auf 765 (2008) gestiegen.

Im Programm „individuelle Lernbegleitung“ stehen für eine Projektlaufzeit von vier Jahren insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Projektmittel gehen an die Stadt- und Landkreise bzw. an die am Projekt teilnehmende Jugendagentur zum Aufbau und zur Organisation des hierfür notwendigen Netzwerkes an ehrenamtlich tätigen Personen, die Lernbegleitungen durchführen.

2.2 Ausblick

Der Bedarf nach außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten wird an Halbtagschulen nur noch moderat steigen, im Ganztagschulbereich aber weiter stark wachsen. Kooperationen und Vernetzungen in diesem Bereich unter den Schulen und Betreuungsanbietern sind desto mehr angezeigt, je höher die Zahl an Angeboten ist. Sie sollte weiter betrieben bzw. intensiviert werden.

2.3 Forderung an das Land

Anpassung der sich an den Personalkosten orientierenden und seit 2000/2002/2006 unveränderten Fördersätze der Verlässlichen Grundschule, flexiblen Nachmittagsbetreuung und Ganztagschulbetreuung an die Personalkostenentwicklung. Bezüglich der Verlässlichen Grundschule und der Nachmittagsbetreuung ist dieser Schritt bereits überfällig.

Norbert Brugger ist seit 1993 Leiter des Dezernats für Allgemeine Verwaltung, Bildung und Kultur des Städtetages Baden-Württemberg. Dem Kommunalverband gehören derzeit 179 Städte und Gemeinden mitgliedschaftlich an. Der Städtetag Baden-Württemberg begleitete u. a. das Förderprogramm "Investition Bildung und Betreuung" (IZBB) des Bundes, das als Triebfeder für die Einrichtung von Ganztagesangeboten an Schulen wirkte, und hat sich erfolgreich für das Nachfolgeprogramm des Landes „Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule“ eingesetzt. Auf dieser Grundlage investieren die Städte und Gemeinden seit 2003 Milliardenbeträge in den Ganztagschul-ausbau. Schulen sind eine Gemeinschaftsaufgabe von Land und Kommunen. Das Land ist für die Unterrichtsinhalte sowie die Lehrerinnen und Lehrer zuständig, die Städte, Gemeinden und Landkreise als Schulträgerinnen für das nicht lehrende Personal sowie die Schulgebäude und die Schulausstattung.

Klaus Hummel
Ganztagsschule – mehr als nur einen ganzen Tag Schule.
Impulse von der Burgschule Esslingen

Die ausführliche Präsentation der Burgschule Esslingen (Grund- und Hauptschule – mit Werkrealschule / Ganztageschule / Sozialarbeit / Freizeit- und Erlebnispädagogik) durch den Schulleiter, Herrn Klaus Hummel kann auf entsprechende Anfrage an info@landesfamilienrat.de als Datei zugeschickt werden.

Zitiert wird aus dem Internetauftritt der Burgschule (www.burgschule-esslingen.de) der

Leitsatz: Lernen mit Herz, Kopf und Hand

Visionssatz 1:

Wir setzen uns mit allen an Bildung und Erziehung Beteiligten verantwortlich und kritisch für die Gestaltung und Entwicklung von Schule und Gesellschaft ein.

Visionssatz 2:

Zusammen sind wir ein multiprofessionelles Kollegium und arbeiten zum Wohl aller Beteiligten im Team.

Visionssatz 3:

Wir arbeiten in angenehmer, anregender Atmosphäre mit optimaler Ausstattung.

Visionssatz 4:

Wir rhythmisieren für alle verbindlich den Tagesablauf und achten dabei auf individuelle Bedürfnisse und gesellschaftliche Anforderungen.

Visionssatz 5:

Menschen sind verschieden

Wir schaffen Lernräume für die Kultivierung der ganzen Lebenswelt durch Herz, Kopf und Hand

Klaus Hummel leitet die Burgschule in Esslingen a.N. Seit 1996 gibt es die Ganztageshauptschule, seit 2003 ab der Klasse 1 auch in der Grundschule. Ganztageschule wird verstanden als "Mehr Zeit für Unterricht, Erziehung, Betreuung, Bildung und Unterricht". Die Burgschule zeichnet sich aus durch gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung in einer Klasse. Freizeitpädagogik, Elternarbeit und Sozialarbeit sind integrale Bestandteile des Unterrichts.

Reaktionen - Presse

1. Artikel in der Stuttgarter Zeitung vom 21.11.2008
Südwestdeutsche Ztg.

Familienrat nähert sich Ganztagschulen an Gremium sieht Chancengerechtigkeit und längeres gemeinsames Lernen als Vorteile

STUTTGART. Ganztagschulen können durchaus im Interesse der Familien sein. Das hat eine Anhörung des Landesfamilienrats ergeben. Experten finden Ganztagsangebote nur dann wirklich sinnvoll, wenn sie Pflicht sind, die meisten sind freiwillig.

Von Renate Allgöwer

Für den Landesfamilienrat steht die Familie im Vordergrund. Dennoch nehmen die Bedenken des Gremiums gegen Ganztagschulen ab. Ganztagschulen könnten eine Chance für Familien sein, sagte etwa Hansjürgen Meinhardt vom Vorstand des Familienrats. Nicht jede Familie gestalte die schulfreien Nachmittage bis jetzt so, dass die Kinder besonders gefördert würden. Meinhardt bezeichnete Ganztagschulen als Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und ganzheitlichem Lernen. Er betrachtete es als Stärkung des Familienlebens, wenn die Kinder zu Hause keine Hausaufgaben mehr machen müssten und alle Familienmitglieder freihätten.

Alle reden von Ganztagschule, und das Land hätte noch Geld für weitere. Die Nachfrage sei nicht gerade überwältigend, machte Manfred Hahl vom Kultusministerium in der Anhörung deutlich. 50 Millionen Euro stünden jährlich für neue Ganztagschulen zur Verfügung, in den vergangenen zwei Jahren seien nur 10 bis 15 Millionen Euro beantragt worden. Woran das liegt, daran scheiden sich die Geister. Hahl macht in den unterschiedlichen Schularten „unterschiedlich heftige Widerstände in den Lehrerkollegien“ aus.

Norbert Brugger vom baden-württembergischen Städtetag dagegen verwies darauf, dass der Umbau einer Schule in eine Ganztagschule Zeit brauche. Immerhin sei die Zahl der Ganztagschulen von 295 im Jahr 2003 auf jetzt 1058 angestiegen. Ziel der Regierung ist, dass im Schuljahr 2014/15 40 Prozent aller Schulen Ganztagsbetreuung anbieten. Dann soll jeder Schüler eine Ganztagschule in erreichbarer Nähe haben.

Cornelia Petzold-Schick, die erste Beigeordnete der Stadt Ettlingen, vermisst verbindliche Rahmenbedingungen für Ganztagschulen. Wenn Kommunen nicht informiert würden, würden sie keine Anträge stellen.

Ganztagschule macht nur Sinn, wenn die Angebote verpflichtend sind, betonten viele Experten. Petzold-Schick nannte die freiwilligen Angebote gar einen „Etikettenschwindel“. Auch das Ministerium würde die verpflichtende Ganztagschule lieber sehen, deutete Hahl an. Dabei müssen Schulen an mindestens vier Tagen in der Woche mindestens sieben Zeitstunden am Tag Angebote machen. Nur in dieser so genannten gebundenen Form kann am Nachmittag Unterricht nachgearbeitet und vertieft werden, betonte auch Christiane Staab, die Vorsitzende des Landeselternbeirats: "Das geht nicht, wenn die Hälfte nicht da ist." Widerstände etwa der Lehrer gegen die Ganztagschule könnten leichter überwunden werden, wenn die Ganztagschulen im Gesetz verankert wären, betonte Norbert Brugger und erneuerte die entsprechende Forderung des Städtetags. Grüne und SPD sind dafür, die CDU lehnte das bisher ab. Grüne und SPD empfahlen sich dem Familienrat auch als Mitstreiter für mehr Ganztagschulen. Die Regierungsfractionen hatten die Anhörung nicht besucht.

Pressemitteilung 20.11.2008

Landesfamilienrat fordert den Ausbau von gebundenen Ganztageschulen mit individueller Förderung und Elternbildung

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur verbindlich ausgestalteten Ganztageschule als künftiges Regelangebot, das ins Schulgesetz des Landes aufzunehmen sei. Dabei könne es jedoch nicht nur um die Verlängerung des jetzigen Vormittags-Unterrichtes gehen. Erforderlich seien vielmehr eine Rhythmisierung des Unterrichtes, modernere Lernkonzepte, kleinere Klassen und eine gezielte individuelle Förderung. Eltern müssten einerseits entlastet, andererseits als Partner verstärkt in den Bildungsprozess eingebunden werden. Neben anderen Lernkonzepten sei nicht nur eine bessere personelle Ausstattung der einzelnen Schulen notwendig, sondern die stärkere Einbeziehung der Eltern und die Öffnung der Schulen ins Gemeinwesen.

Mit einem Experten-Hearing hat der Landesfamilienrat heute in Stuttgart seinen Anspruch deutlich gemacht, sich in die aktuelle Bildungsdebatte in Baden-Württemberg aus der speziellen Sicht von Eltern und Familien einzumischen. Unter dem Titel „Das Bildungssystem gerechter machen – Was können Ganztageschulen dazu beitragen?“, kamen Vertreterinnen und Vertreter des Kultusministeriums, der GEW, des Landeselternbeirats und des Gesamtelternbeirats Baden-Württemberg, des baden-württembergischen Städtetages sowie der Leiter einer Grund- und Hauptschule zu Wort.

Vorsitzender Jürgen Rollin, Kirchenrat beim Diakonischen Werk Baden, ließ allerdings bereits bei seiner Begrüßung erkennen, dass der Landesfamilienrat trotz seines breiten Spektrums von Familien- und Wohlfahrtsverbänden auch selbst bereit ist, Position zu beziehen: „Wie viele PISA-Studien braucht diese Landesregierung noch, ehe sie zu einer konsequenten Neuausrichtung der Bildungspolitik mit der Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems bereit ist?“

Im Mittelpunkt der Anhörung standen dann auch Ergebnisse und Konsequenzen aus der gerade veröffentlichten Untersuchung zu den Hauptschulen. Dass rund die Hälfte aller Hauptschüler in unserem Bundesland über ein extrem schwaches Kompetenzniveau in wichtigen Kernfächern verfügt, wurde als alarmierendes Zeichen gewertet. Es unterstreiche die schon länger bekannten Befunde, wonach gerade in Baden-Württemberg die soziale Herkunft stark den Bildungserfolg von Kindern beeinflusse. Schüler aus Familien in belasteten Lebenssituationen würden damit massiv benachteiligt. Deshalb wurde auch deutlich darauf hingewiesen, dass eine veränderte Schulstruktur mit längerem gemeinsamem Lernen zwar ein wichtiger Erfolgsfaktor, alleine aber nicht ausreichend sei, um das Bildungssystem gerechter zu machen. Im Prinzip herrschte Einigkeit, dass die Ganztageschule die Schule der Zukunft sei.

Tagungsleitung und Dokumentation:

Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin, Landesfamilienrat Baden-Württemberg
